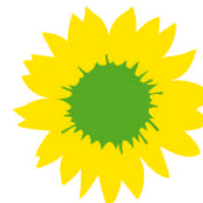




Dr. Hermann E. Ott
Klimapolitischer Sprecher
der Bundestagsfraktion
Bündnis 90/Die Grünen



www.hermann-e-ott.de

Oktober 2012

Finanz- und Eurokrise bestimmen die Schlagzeilen, doch der Klimawandel macht keine Pause

Liebe Freundinnen und Freunde,

heute melde ich mich etwas ausführlicher bei Euch zu dem Thema, das mir und Euch eine Herzensangelegenheit ist: Die Klimapolitik.

Auch wenn derzeit vor allem die Euro- und Finanzkrise die Schlagzeilen bestimmen - die Klimapolitik ist ein Kernanliegen GRÜNER Politik und auch meines Engagements im Bundestag. Die derzeitige Debatte um die Strompreise im Zusammenhang mit der EEG-Umlage und der Energiewende macht dabei deutlich, wie wichtig unsere GRÜNE Stimme in den urgrünen Themen der Umweltpolitik ist. Denn unser Kampf gegen die Klimakatastrophe und diejenigen, die sie mit ihrem Tun (und Nichts-Tun!) vorantreiben, ist auch entscheidend für viele andere Politikfelder: Friedenspolitik, Finanzpolitik, Energiepolitik, Entwicklungspolitik, Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik.

Die Klimakatastrophe wird immer spürbarer

Nicht nur die Finanzkrise macht Griechenland, Spanien und Italien zu schaffen. Anhaltende Hitze und Trockenheit lagen im Sommer über Südeuropa, heftige Waldbrände verwüsteten ganze Landstriche. Auch die USA waren massiv betroffen, dort gab es die schwerste Dürre seit über 50 Jahren. Die Ernteausfälle dort und in Indien führen zu steigenden Weltmarktpreisen für Lebensmittel. Der Klimawandel schreitet unbeirrt weiter voran.

Emissionen und Eisschmelze in der Arktis erreichen neue Höchstwerte

- Im Jahr 2011 stiegen die CO₂ – Emissionen um 3,2 Prozent auf inzwischen 31,6 Gigatonnen. Das Jahr 2010 war global gesehen eines der wärmsten seit Beginn der Wetteraufzeichnungen. Extremwetter, wie die Dürre in den USA und die extrem trockenen Sommer im Süden Europas sind ein deutlicher Hinweis auf den fortschreitenden Klimawandel.
- Die Eisschmelze in der Arktis nimmt immer dramatischere Formen an. Mehr als die Hälfte des Meereises schmilzt mittlerweile in den Sommermonaten und die verbleibende Eisdecke wird immer dünner. Bei dem gegenwärtigen Tempo wäre die arktische See rund um den Nordpol bis 2030 im Sommer komplett eisfrei. Dies wäre das erste Mal seit dem Erscheinen des Homo Sapiens auf diesem Planeten und mit nicht vorhersehbaren Folgen verbunden – für die lokalen Ökosysteme, für das weltweite Klima (positive Rückkopplungseffekte) und für das regionale Klima in Europa (mehr Extremwinter).
- Nach einer neuen Studie könnten durch die globale Erwärmung bis 2030 rund 70 Prozent aller Korallenstandorte langfristig geschädigt werden, da kaum zu erwarten ist, dass sich die Korallen entsprechend schnell anpassen werden. Um wenigstens die Hälfte der Korallenriffe weltweit zu schützen, müsse die Erderwärmung auf höchstens 1,5 Grad begrenzt werden, schreiben die Forscher im Fachjournal "Nature Climate Change".

1 Minute vor Zwölf

Die Klimawissenschaft geht davon aus, dass bei einer Begrenzung der Erderwärmung auf maximal 2 Grad gegenüber dem vorindustriellen Niveau ein „gefährlicher“ Klimawandel, gerade noch vermieden wird. Steigt die Erwärmung darüber hinaus, droht der Klimawandel durch das Überschreiten sogenannter Kippunkte (z.B. zusätzliche Treibhausgasemissionen durch das Auftauen der Permafrostböden), irreversibel aus dem Ruder zu laufen. Um das 2 Grad Ziel zu erreichen, müssen die Industriestaaten ihre Emissionen bis 2020 mindestens um 30-40 Prozent senken und bis 2050 um mindestens 80 -90 Prozent. Doch wie ist der augenblickliche Stand?

Die internationale Klimapolitik tritt weiter auf der Stelle

Ende dieses Jahres 2012 läuft die erste Verpflichtungsperiode (2008–2012) des Kyoto-Protokolls aus, in dem sich die Industrieländer zu einer Minderung ihrer jährlichen Treibhausgas Emissionen um durchschnittlich 5,2 Prozent gegenüber dem Stand von 1990 verpflichtet haben. Dem Kyoto Protokoll unterliegen jedoch

nicht die weltgrößten Emittenten wie USA (nie ratifiziert) und China (als Schwellenland nicht verpflichtet). Viele Schlupflöcher und die Möglichkeit zur Nutzung sog. „flexibler Instrumente“ (JI, CDM, Emissionshandel) machen es möglich, das Kyoto-Ziel zumindest theoretisch zu erreichen, ohne dass für das Klima substanziell etwas gewonnen wurde.

Bislang gibt es für die 2012 auslaufende Verpflichtungsperiode des Kyoto-Protokolls noch keine Anschlussregelung, alle Verhandlungen auf internationaler Ebene sind bislang gescheitert (zuletzt auf der Klimakonferenz in Kopenhagen). Auf der letzten Klimakonferenz im südafrikanischen Durban (2011) wurde vereinbart, dass Ende dieses Jahres in Katar kurzfristig eine Anschlussregelung für Kyoto vereinbart wird. Ob dies aber tatsächlich gelingt, ist angesichts der bisherigen Verhandlungsergebnisse nicht sicher.

Der internationale Prozess folgt weiterhin der Maxime, dass alle großen Verschmutzer eingebunden werden müssen und dass bis Ende 2015 ein Abkommen ausgehandelt ist, das die USA und China einbindet. Die Gefahr ist groß, dass auch dieser Versuch eines „big bang“ nach hinten los geht und die Klimapolitik vor einem Scherbenhaufen steht.

GRÜNE Forderungen zu Belebung der internationalen Klimapolitik

- Wir wollen die derzeitige internationale Verhandlungsblockade durch eine Klimapolitik der unterschiedlichen Geschwindigkeiten (KluG) auflösen. Nach unseren Vorstellungen sollen sich Vorreiterstaaten zusammenschließen und mit einer ambitionierten Klimapolitik vorangehen, ohne dies von Verweigerern, wie den USA oder China, abhängig zu machen. Intensiver Technologietransfer und Kooperationen zwischen den Mitgliedern der Vorreiterallianz (z.B. EU gemeinsam mit wichtigen Schwellen- und Entwicklungsländern) sollen innerhalb dieser Allianz u.a. zur zunehmenden Unabhängigkeit von Rohstoffimporten und zu regionaler Wertschöpfung führen - verbunden mit der Schaffung neuer, sicherer Jobs. Eine erfolgreiche Vorreiterallianz soll andere Staaten motivieren, sich anzuschließen, um dann ebenfalls im Gegenzug für ambitionierte Klimaziele vom Know-how der Vorreiterallianz zu profitieren.
- Doch bislang hält die Bundesregierung an ihrer alten Strategie fest, die internationalen Verhandlungen erstens so zu führen, dass die USA mit im Boot sein müssen und zweitens im Sinne eines notwendigen Ausgleiches an unterschiedlichen Interessen zu verhandeln (heißt: kein Zugeständnis ohne entsprechende Gegenleistung). Inzwischen mehren sich aber die

Stimmen derer, die unsere GRÜNE Idee einer Vorreiterallianz mehr und mehr unterstützen. Zuletzt hatte das quasi-Scheitern des diesjährigen Nachhaltigkeitsgipfels in Rio neue Unterstützer für die Idee von Vorreiterallianzen hervorgebracht, darunter auch der Wissenschaftliche Beirat für Globale Umweltveränderungen (WBGU).

- Doch eine solche notwendige Vorreiterallianz wird von dieser Bundesregierung nicht gewagt werden – das ist unser GRÜNES Programm für die Zeit nach der BTW 2013!

Die europäische Klimapolitik wird der selbsterklärten Vorreiterrolle nicht gerecht

Die EU will ihre Treibhausgasemissionen bis 2020 um minus 20 Prozent bezogen auf 1990 senken (weitere Ziele 20 Prozent Effizienzsteigerung, 20 Prozent Erneuerbare). Für den Fall, dass andere Industriestaaten sich zu ähnlichen Minderungen verpflichten, will die EU ihr Klimaziel auf minus 30 Prozent erhöhen (und zwar nur dann; damit bleibt das EU Klimaziel hinter den Anforderungen der Klimawissenschaft zurück).

Ein konkreter Fahrplan, wie die EU ihre Klimaziele in Richtung 2050 (80-90 Prozent Minderung) fortschreiben will (Klima-Roadmap), scheiterte bislang am Widerstand Polens, dessen Energieversorgung bisher maßgeblich von der Kohle abhängt.

Das Instrument des Emissionshandels hat versagt

Das Leitinstrument des europäischen Klimaschutzes, der Emissionshandel, steht derzeit massiv unter Druck. Bedingt durch eine Überausstattung mit Emissionszertifikaten (u.a. durch das Krisenjahr 2009), eine insgesamt wenig ambitionierte EU-Emissionsobergrenze und eine Schwemme von Zertifikaten aus Drittstaaten („CDM-Projekte“ in Schwellen- und Entwicklungsländern) ist der Zertifikatepreis von ursprünglich erwarteten 17-20 Euro pro Tonne emittiertes CO₂ jetzt langfristig unterhalb von 8,00 Euro pro Tonne.

Angesichts dieses niedrigen Preises lohnen Investitionen in Klimaschutz kaum noch und die Einnahmen aus dem Emissionshandel für die öffentlichen Haushalte bleiben weit hinter den Erwartungen zurück. Verschärft wird das Problem dadurch, dass überschüssige Zertifikate auch in die ab dem 01.01.2013 beginnende 3. Handelsperiode übertragen werden können. Dies wird den Emissionshandel auch weiterhin schwächen, obwohl doch die 3. Handelsperiode insgesamt deutlich ambitioniertere Bedingungen bringen sollte.

Seit dem 01.01.2012 ist offiziell auch der Flugverkehr in den Emissionshandel eingebunden. Auch für die nach und von Europa startenden Flüge gilt nun eine Emissionsobergrenze und die Fluggesellschaften müssen 15 Prozent der benötigten Zertifikate kaufen (85 Prozent werden kostenlos zugeteilt). Damit gilt der Emissionshandel auch für Airlines aus den USA und China, die sich bislang „erfolgreich“ gegen Klimaschutzmaßnahmen gewehrt haben und entsprechend Widerstand leisten (entscheidend wird das Frühjahr 2013, dann müssen erstmalig CO₂-Zertifikate für das erste Jahr 2013 abgegeben werden). Hier schwelt derzeit ein internationaler Streit, dessen Ergebnis derzeit nicht absehbar ist.

GRÜNE Forderungen für eine Vorreiterrolle der Europäischen Union

- Die EU muss jetzt ihr Klimaziel ohne Vorbedingungen auf minus 30 Prozent anheben. Dies führt erstens zu einer Stabilisierung des CO₂ Preises im Emissionshandel, da bei einer Zielverschärfung entsprechend weniger Zertifikate zur Verfügung stehen. Dies ist zweitens die Voraussetzung dafür, dass Deutschland sein nationales Klimaziel (minus 40 Prozent bis 2020) überhaupt schafft. Und schließlich ist die Erhöhung des Klimaziels für die EU notwendig, um dem Anspruch eines Vorreiters gerecht zu werden und die internationalen Verhandlungen voranzubringen. Hier muss die Bundesregierung ihre bislang zurückhaltende Position aufgeben und sich aktiv für eine Erhöhung des europäischen Klimaziels einsetzen.
- Um auch Polen zu einem Verbündeten des Klimaschutzes in der EU zu machen, muss auf dessen Ängste und Bedürfnisse eingegangen werden. Die Bundesregierung muss sich dafür einsetzen, dass die EU unserem Nachbarn großzügig bei der Wende zu Erneuerbaren Energien unter die Arme greift.
- Wir wollen die Einführung einer Preisuntergrenze für CO₂ Zertifikate (nach britischem Vorbild), die zusätzlich zur Absenkung des europäischen Klimaziels auf minus 30 Prozent und der von der EU-Kommission bereits angekündigten vorübergehenden Aussetzung von Versteigerungsterminen für Zertifikate (sog. set-aside) den Zertifikatspreis langfristig stabilisiert. Begleitend dazu müssen Polen Angebote gemacht werden um dieses bei der Transformation seiner Energieversorgung massiv zu unterstützen.
- In Sachen Einbeziehung des europäischen Flugverkehrs in den Emissionshandel muss die EU-Kommission hart bleiben und darf keine Zugeständnisse in Richtung China oder die USA machen. Diese Einbeziehung von Klimaschutzverweigerern in ein Klimaregime ist wichtiger Bestandteil einer Vorreiterallianz, mit der wir die internationalen Klimaverhandlungen in Fahrt bringen wollen (s.o. Klimapolitik der unterschiedlichen Geschwindigkeiten (KluG)).

Nationale Klimapolitik: Blockade der Energiewende und Stillstand beim Klimaschutz

Die Bundesregierung hat sich mit dem nationalen Minderungsziel von minus 40 Prozent bis 2020 ein durchaus ehrgeiziges Klimaziel gesetzt, das sie aber nicht mit den notwendigen Maßnahmen unterfüttert, um dies zu erreichen. Nach bisherigen Berechnungen werden 2020 bestenfalls minus 35 Prozent erreicht, von denen aber ein großer Teil (mindestens 10 Prozent) auf die Effekte der Wiedervereinigung und die zurückgehende Industrieproduktion in Ostdeutschland zurückzuführen ist („Wall-Fall-Profits“).

Die Bundesregierung (auch Umweltminister Altmaier!) blockiert und verlangsamt den Ausbau der Erneuerbaren in Deutschland – vorgeblich weil es zu teuer wird (was allerdings hauptsächlich Ergebnis einer Entlastung der Großindustrie ist) und der Netzausbau nicht nachkommt (der sträflich vernachlässigt wird).

Ein Großteil der Mittel, die in Deutschland in den Klimaschutz investiert werden sollen (u.a. für das KfW-Gebäudesanierungsprogramm), kommt aus dem Energie- und Klimafonds der Bundesregierung und ist damit direkt abhängig vom CO₂-Preis, da die Einnahmen aus dem Emissionshandel den Fonds speisen. Bedingt durch den aktuellen geringen Zertifikatspreis fehlen derzeit so die notwendigen Finanzmittel, um die Energiewende mit notwendigen Investitionen zu unterstützen. Der Fonds war ursprünglich eingerichtet worden, um die von den Energiekonzernen im Gegenzug für die ihnen gewährte Laufzeitverlängerung der AKW erbrachten Zahlungen auszugeben.

GRÜNE Forderungen für eine ambitionierte nationale Klimapolitik

Ein Scheitern der Energiewende in Deutschland muss in jedem Fall verhindert werden – scheitert die Energiewende, scheitert der Klimaschutz! Auch das Signal für den internationalen Klimaschutz wäre fatal. Wenn es gelingt, in einem Industrieland wie Deutschland eine klimaneutrale und atomfreie Energieversorgung aufzubauen, hat dies international eine entsprechende Vorbildfunktion und ermutigt andere Staaten nachzuziehen (s.o. Vorreiterallianzen). Den internationalen Klimaschutz würde dies einen gewaltigen Schritt voranbringen. Das wissen auch unsere Gegner weltweit und engagieren sich, um die Energiewende in Deutschland zum Stoppen zu bringen.

- Die bisherige weitgehende Tatenlosigkeit der Bundesregierung beim nationalen Klimaschutz wollen wir beenden. Zur Erreichung des nationalen Klimaziels von minus 40 Prozent bis 2020 wollen wir ein nationales Klimaschutzgesetz verabschieden, das nicht nur eigene

Zielvorgaben für Sektoren, wie die Energieerzeugung, den Verkehr oder für Gebäuden vorsieht, sondern auch die Entwicklung zeitnah dokumentiert und bei Abweichungen und erkennbaren Zielverfehlungen Steuerungsmaßnahmen vorsieht.

- Statt des Energie- und Klimafonds wollen wir einen Klimahaushalt verabschieden, der die notwendigen Investitionen in den Klimaschutz unabhängig von CO₂-Preisen macht und die Finanzierung auf eine breitere Basis stellt. Dazu wollen wir bestehende Klima- und umweltschädliche Subventionen (insg. 48 Mrd. Euro laut Umweltbundesamt) konsequent abbauen - wie die unzähligen Ausnahmen bei den Energiesteuern u.a. für die heimische Braunkohle abschaffen oder die steuerliche Förderung besonders verbrauchsstarker Firmenwagen beenden. Bereits kurzfristig wollen wir zusätzliche fünf Mrd. Euro für den Klimaschutz im Bundeshaushalt bereitstellen. Nicht nur die zusätzlichen Einnahmen unterstützen die Energiewende, durch den Subventionsabbau werden so gleichzeitig auch bestehende Fehlanreize beseitigt.

Liebe Freundinnen und Freunde, Ihr könnt Euch darauf verlassen, dass ich weiter mit allen KollegInnen im Bundestag die Klimapolitik als GRÜNES Schwerpunktthema setzen werde. Dabei ist mir die lokale Anknüpfung enorm wichtig – der globale Erfolg hängt auch ab von unserer Arbeit vor Ort! Daher freue ich mich wie immer darauf, mit Euch bei Veranstaltungen und Treffen in NRW in Kontakt zu kommen.

Mit knallgrünen Grüßen für den Schutz unserer Erde und des Klimas

Euer Hermann



Habt Ihr Fragen oder Anregungen? Dann meldet Euch bei mir!

hermann.ott@bundestag.de